

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die internationalen Aktienmärkte tendierten in der abgelaufenen Handelswoche erneut überwiegend schwächer. Der ungelöste Brexit, der Schuldenkonflikt um Italien sowie Konjunktursorgen belasteten das Sentiment.

An den Staatsanleihemärkten profitierten die Titel aus den Kernländern von der anhaltenden Unsicherheit. Vor allem konnten die mittleren Laufzeiten sowohl in den USA als auch am deutschen Markt zulegen. Anleihen aus der Peripherie reagierten auf die Entscheidung der italienischen Regierung, den Etat für 2019 nicht nachzubessern, sehr moderat. Die Renditen stiegen nur in geringem Maße an.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union
Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 16. November 2018

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte weiter im Rückwärtsgang
- Börse straft SAP wegen teurer Akquisition ab
- Ausblick für konjunktursensitive Aktien bleibt unsicher

Renten:

- Anhaltende Unsicherheit stützt Kern-Staatsanleihen
- Budgetstreit: Italien bleibt hartnäckig

Ausblick:

- Einkaufsmanagerindizes aus dem Euroraum
- Zahlreiche Daten vom US-Immobilienmarkt
- Protokoll der EZB-Sitzung vom 25. Oktober

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 16.11.2018 ca. 16:00	seit 09.11.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	25.292	-2,7%	2,3%
EURO STOXX 50	3.174	-1,7%	-9,4%
Dax 30	11.307	-1,9%	-12,5%
Nikkei 225	21.680	-2,6%	-4,8%
MSCI Emerging Markets	54.454	0,4%	-10,6%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,37%	-4 BP	-6 BP
Iboxx Euro Sovereign	231,12	-0,1%	-0,7%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	76	0 BP	32 BP
US-Leitzins	2,25%	0 BP	75 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	3,09%	-9 BP	68 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,14	0,5%	-5,1%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	57,60	-4,3%	-4,7%

Aktien

Aktienmärkte weiter im Rückwärtsgang

In der abgelaufenen Handelswoche überwogen die Sorgen an den internationalen Märkten und es kam erneut zu Kursverlusten. Belastend wirkten nach wie vor Themen wie Zins- und Konjunkturängste, der ungelöste Brexit, der Schuldenkonflikt um Italien sowie der Handelsstreit. Zwischenzeitlich konnten sich die Aktienmärkte am Dienstag erholen. Der gemeldete Durchbruch bei den Brexit-Verhandlungen sorgte insbesondere im Euroraum für Erleichterung, die jedoch nur von kurzer Dauer war. Danach legten die Börsen den Rückwärtsgang ein, nachdem Chinas Einzelhandelsumsätze so schwach wie seit zehn Jahren nicht mehr gewachsen waren. Nach der Billigung des Brexit-Entwurfs im britischen Kabinett haben zudem am Donnerstag mehrere Rücktritte die Regierung in London in eine Krise gestürzt. Mays Posten als Premierministerin wackelt mehr denn je, da die für ein innerparteiliches Misstrauensvotum notwendigen Anträge bis zum heutigen Freitag eingegangen sind. Völlig ungewiss ist auch, ob das britische Parlament dem Brexit-Entwurf überhaupt zustimmt.

Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte per Freitag Mittag auf Basis des MSCI World-Index einen Verlust von 1,8 Prozent. Die Aktienmärkte aus den Schwellenländern notierten im Vergleich zur Vorwoche dagegen etwas fester (+ 0,5 Prozent). Der Euro STOXX 50-Index notierte 1,5 Prozent, der britische Leitindex FTSE 100 1,3 Prozent niedriger. Der US-Index S&P 500 verlor 2,7 Prozent an Wert.

Börse straft SAP wegen Akquisition ab

Der Software-Hersteller SAP kauft für acht Milliarden Dollar das US-Unternehmen Qualtrics. Qualtrics sammelt Rückmeldungen und Daten von Kunden, Mitarbeitern sowie zu Produkten und Marken für Unternehmen weltweit, die automatisch erfasst und unmittelbar ausgewertet werden. Der Zukauf gebe SAP einen Vorteil gegenüber

den Wettbewerbern, die sich auf weiter rückwärts gerichtete Daten stützten, sagte SAP-Chef Bill McDermott. Für die Walldorfer ist es die größte Übernahme seit dem Kauf von Concur im Jahr 2014. Ursprünglich wollte Qualtrics in Kürze an die Börse gehen. Das Unternehmen erwartet nach SAP-Angaben 2018 einen Umsatz von mehr als 400 Millionen Dollar und zukünftige Wachstumsraten von über 40 Prozent. Darin seien mögliche Synergien aus der Zugehörigkeit zu SAP noch nicht berücksichtigt. SAP kauft alle von Qualtrics ausgegebenen Aktien für acht Milliarden Dollar in bar. Um die Übernahme zu stemmen, haben sich die Walldorfer den Angaben zufolge eine Finanzierung von insgesamt sieben Milliarden Euro zur Deckung des Kaufpreises und der kaufbedingten Kosten gesichert. Mit einem Abschluss der Transaktion ist im ersten Halbjahr 2019 zu rechnen. Analysten sehen die Übernahme jedoch überwiegend kritisch, da der Kaufpreis zu hoch sei. Die Aktie des DAX-Schwergewichts gab daher nach der Meldung zwischenzeitlich um gut fünf Prozent nach.

Ausblick für konjunktursensitive Aktien bleibt unsicher

Das zugrundeliegende Bild für Aktien ist weiter solide, aber bei weitem nicht makellos. Der Konjunkturzyklus neigt sich dem Ende zu und Investoren stellen sich daher zunehmend defensiver bei ihren Aktienanlagen auf. Insgesamt kommt es zu einer breit angelegten Neubewertung bei konjunktursensitiven Unternehmen und Unternehmen mit hoher Verschuldung. Aktien aus defensiven Branchen wie Pharma oder nichtzyklischer Konsum erreichen in den USA vereinzelt sogar neue Höchststände. Grundsätzlich wird das Sentiment am aktuellen Rand bei den „Zyklikern“ angeschlagen bleiben. Auch positive Unternehmenszahlen werden hier vom Markt nicht honoriert. Fortschritte im Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China, eine Trendwende bei den volkswirtschaftlichen Indikatoren oder eine US-Notenbank Fed, die eine ruhigere Gangart signalisiert könnte bei den Investoren wieder mehr Mut in den zyklischen Branchen zur Folge haben. Insgesamt bietet der Aktienmarkt dennoch weitere Chancen.

Renten

Anhaltende Unsicherheit stützt Kern-Staatsanleihen

Schwache Wirtschaftsdaten aus dem Euroraum (Bruttoinlandsprodukt/BIP im 3. Quartal), der anhaltende Streit zwischen Italien und der EU-Kommission hinsichtlich des Budgetdefizits 2019 sowie die politischen Turbulenzen in Großbritannien - Stichwort Brexit - haben in der Berichtswoche die sicheren Staatsanleihen weiter beflügelt. Auch stützten die schwachen Aktienmärkte die Nachfrage nach den Papieren aus den Kernrentenmärkten.

Am US-Staatsanleihemarkt fiel die Zehnjahresrendite am Freitagmittag in Richtung 3,1 Prozent. Dort lasteten die anhaltenden Streitigkeiten zwischen den USA und China vor allem auf den Aktienmärkten, sodass US-Treasuries im Umkehrschluss von der aktuellen Lage profitieren konnten. Es kursierten zwar zeitweise Gerüchte am Markt, die in den kommenden Wochen auf eine mögliche Entspannung im Handelsstreit hinwiesen. Ein Durchbruch lässt aber weiter auf sich warten. Von der Nachfrage nach US-Staatsanleihen profitierten in erster Linie die mittleren Laufzeiten auf der US-Zinskurve. Die Renditerückgänge im Bereich von drei bis sieben Jahren Restlaufzeit betragen bis zu dreizehn Basispunkten. Auch die jüngsten US-Inflationsdaten schienen die positive Marktentwicklung zu unterstützen. So lag die am Mittwoch veröffentlichte Preissteigerung der für die Fed wichtigen Kernrate mit 2,1 Prozent (auf Jahresbasis) leicht unter den Markterwartungen. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass sich US-Notenbankchef Jerome Powell zur Wochenmitte eher kritisch zur US-Konjunktur äußerte. Kürzlich hinsichtlich der US-wirtschaftlichen Entwicklung noch im Überschlag, warnte er in dieser Woche auf einem Vortrag in Dallas vor neuen Risiken. Hierbei wurden eine schwächere Auslandsnachfrage, nachlassende fiskalische Impulse sowie die Wirkung der bisher in Summe vorgenommenen Zinserhöhungen angeführt.

Eine Umkehr in der US-Zinspolitik dürfte sich hieraus aber nicht ableiten lassen. Powell nähert sich mit seinen jüngsten Aussagen eher dem Konsens der anderen Fed-Mitglieder an und korrigiert sein zuvor etwas zu rosiges Wirtschaftsbild. Zumal die jüngsten positiven US-Einzelhandelsumsätze eher für ein anhaltend positives Szenario sprechen. Wir gehen davon aus, dass die Fed hinsichtlich ihrer Zinspolitik vorerst auf Autopilot bleiben wird. Das heißt weitere Zinserhöhungen sollten im Dezember und im kommenden Jahr vorgenommen werden.

Budgetstreit: Italien bleibt hartnäckig

Der Haushaltsstreit zwischen Rom und Brüssel setzt sich weiter fort. Nachbesserungen des Etatentwurfs für 2019 wurden in Rom abgelehnt. Als nächstes steht nun seitens der EU-Kommission die Empfehlung eines Defizitverfahrens auf der Agenda, bis dahin werden aber einige Wochen vergehen. Möglicherweise werden in Brüssel kommende italienische Wirtschaftsdaten herangezogen, um im Falle einer schwächeren Entwicklung die italienische Regierung leichter von deren ambitionierten Wirtschaftsprojektionen und damit auch dem angestrebten Defizit abzubringen. Dem italienischen Staatsanleihemarkt hat es zumindest nicht geschadet, die Renditen (zehn Jahre) zogen im Wochenvergleich um nur drei Basispunkte auf 3,43 Prozent an. Italien konnte in der Berichtswoche sogar neue Staatspapiere im Wert von 5,5 Milliarden Euro bei ordentlicher Nachfrage platzieren.

Etwas unter Druck kamen hingegen griechische Staatstitel. Gerüchte über eine Bad Bank-Lösung für angeschlagene griechische Finanzinstitute machten die Runde. Dies würde die griechische Staatsverschuldung zusätzlich belasten, die Zehnjahresrendite zog um fast 20 Basispunkte auf 4,5 Prozent an.

Am deutschen Rentenmarkt profitierten - wie am US-Markt - die mittleren Laufzeiten am stärksten. Langläufer waren weniger gefragt. Bundesanleihen verzinsten sich mit 37 um drei Basispunkte tiefer. Der britische Staatsanleihemarkt ging gestärkt aus den derzeit chaotischen Brexit-Verhandlungen hervor. Zehnjährige britische Gilts rentierten zehn Basispunkte tiefer mit 1,4 Prozent.

Ausblick

In der neuen Handelswoche stehen vergleichsweise wenige Daten zur Veröffentlichung an. Größere Marktrelevanz haben zum Wochenschluss – als wichtigstes Konjunkturbarometer im Euroraum - die Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und das verarbeitende Gewerbe im Euroraum für November. Vor dem Hintergrund der zuletzt veröffentlichten BIP-Daten für das 3. Quartal, der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal lag bei mageren 0,2 Prozent, wird das verarbeitende Gewerbe betreffend ein rückläufiger Einkaufsmanagerindex erwartet. Der Konsens liegt bei 51,7 Punkten (Vormonat 52 Punkte). Für den Dienstleistungssektor sieht es etwas besser aus, mit 53,5 nach 53,7 Punkten im Vormonat dürfte dieser noch weit über der Expansionsmarke von 50 Punkten liegen.

Darüber hinaus stehen bis zur Wochenmitte überwiegend Daten aus den USA auf der Agenda. Zum einen der vielbeachtete Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter. Die ohne Transport und damit um den volatilen Luftfahrtsektor bereinigte Erwartung liegt für den Oktober bei plus 0,4 Prozent. Die Einschätzung für den Gesamtindex beläuft sich hingegen bei minus 2,1 Prozent. Der Schwerpunkt der Daten befindetet aber auf dem US-Immobilienmarkt, bis einschließlich Mittwoch werden für diesen zahlreiche Kennzahlen veröffentlicht.

Am Donnerstag ruht dann der Handel in den USA, Thanksgiving wird gefeiert. Im Anschluss startet dann mit dem Black Friday die Weihnachtseinkaufsaison der US-Amerikaner. Die europäische Zentralbank veröffentlicht ebenfalls am Donnerstag das Protokoll der jüngsten Sitzung vom 25. Oktober.

Termine

Montag, 19.11.18	USA: Wohnungsmarkindex (Nov.)
Dienstag, 20.11.18	USA: Baubeginne und Baugenehmigungen (Okt.)
Mittwoch, 21.11.18	USA: Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter (Okt.); Verkauf bestehender Häuser (Okt.); Verbrauchervertrauen, ermittelt von der Universität Michigan für Oktober, endgültig
Donnerstag, 22.11.18	JPN: Verbraucherpreise (Okt.) FRA: Wirtschaftsvertrauen (Nov.) USA: Feiertag (Thanksgiving) Europäische Zentralbank: Protokoll der Sitzung vom 25. Oktober
Freitag, 23.11.18	EWU/DEU: Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe und für Dienstleistungen (Nov.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
16. November 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt